



II—**3549** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für Verkehr

Pr.Zl. 5907/1-1-1978

1642/AB

1978 -04- 13

zu 1668 /J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage  
der Abg. Dr. Beatrix Eypeltauer und  
Genossen, Nr. 1668/J-NR/1978 vom  
1978 03 01, "§ 29 Abs. 2 StVO".

Die Bestimmungen des § 29 b StVO sind seinerzeit im Begutachtungsverfahren mit den Vertretern der Behindertenverbände eingehend diskutiert worden und haben die volle Zustimmung dieser Verbände gefunden.

Der Regelung, daß nur dauernd stark gehbehinderte Personen das von ihnen selbst gelenkte Fahrzeug an den in Abs. 2 lit. a bis c angeführten Stellen parken dürfen, nicht aber auch Personen, die einen Behinderten mitführen, liegt die Überlegung zugrunde, daß das Parken in Parkverbotsbereichen, wo oft die Verkehrssicherheit für die Erlassung des Verbotes mitbestimmend war, auf ein Minimum beschränkt bleiben muß. Überdies soll verhindert werden, daß etwa Personen, die einen Behinderten mit ihrem Fahrzeug morgens zu seiner Arbeitsstätte bringen und nachmittags von dort wieder abholen, allein auf Grund dieser Tätigkeit ihr Fahrzeug den ganzen Tag über in einem Parkverbotsbereich stehen lassen.

Es wird relativ selten vorkommen, daß ein Behinderter nach dem Verlassen des Fahrzeuges nicht so lange allein gelassen werden kann, bis die Begleitperson einen Parkplatz gefunden hat. Wenn ein Behinderter aber tatsächlich nicht vorübergehend allein ge-

lassen werden kann, dann gibt es auf Grund des § 45 Abs. 2 StVO die Möglichkeit, daß für den Einzelfall eine Ausnahmegewilligung erteilt wird. Mit einer solchen Ausnahmegewilligung könnte das Parken mit Fahrzeugen, die der Behinderte als Mitfahrer benützt, auf den in § 29 b Abs. 2 lit. a bis c angeführten Stellen gestattet werden.

Dem Bundesministerium für Verkehr ist bisher nur ein einziger Fall bekannt geworden, der wegen einer besonders schweren mehrfachen Behinderung eine solche Ausnahmegewilligung erfordert hat. Hier hat das Amt der Wiener Landesregierung im Sinne der Einschreiterin entschieden.

Obwohl auf Grund der o.a. Umstände derzeit keine Notwendigkeit besteht, die gegenständliche Bestimmung zu novellieren, wird, um die in der Anfrage dargelegten Härtefälle nach Möglichkeit zu vermeiden, das aufgeworfene Problem jedoch im Zuge der nächsten Novellierung der Straßenverkehrsordnung zur Diskussion gestellt werden.

Wien, 1978 04 10  
Der Bundesminister

